Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 36 (2017)

Heft: 69

Artikel: Identity politics - so what? : Psychoanalytische Gedanken zu Identität und Politik

Autor: Rothschild, Berthold

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-780987

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Berthold Rothschild

Identity politics – so what?

Psychoanalytische Gedanken zu Identität und Politik

Als wir am 10. November 2017 die ersten Nachrichten hörten, traf uns fast der Schlag: Der Macho-Reaktionär Donald Trump hatte die als sicher gesetzte Hillary Clinton in den US-Wahlen besiegt. Und die Republikaner hatten in beiden Parlamentskammern eine sichere Mehrheit gewonnen. So öppis! Wir alle hatten uns von den anderslautenden Prognosen täuschen lassen. Jeder und jede von uns, auch der hier Schreibende, musste sich die Frage gefallen lassen: Ja, woher habt ihr eigentlich eure Informationen und eure Einschätzungen? Lebt ihr auch, wie von manchen US-KommentatorInnen angedeutet, in einer elitären Blase? Denkt ihr nur noch «top down», wie so viele im «linken Establishment»? Denkt ihr nie daran, dass hinter der kolportierten Wirklichkeit und hinter den medial vermittelten Worten noch andere politische Wirklichkeiten am Werk sein könnten?

Um Trumps Triumph zu erklären, liess der Politikprofessor Mark Lilla, der sich als US-Liberaler, also als Linker, bezeichnet, am 19. November 2016 in der *New York Times* unter dem Titel «The End of Identity Liberalism» (am 26. November in der *Neuen Zürcher Zeitung* unter dem Titel «Identitätspolitik ist keine Politik» auf Deutsch publiziert) verlauten:

> «Amerikas Bevölkerung ist heute bunter gemischt denn je und es ist schön, dieser Entwicklung zuzuschauen. [...] Aber wie soll sich diese Diversität auf unsere Politik auswirken? Über fast eine Generation lautete die Standardantwort der Linksliberalen auf diese Frage, dass wir unsere Unterschiedlichkeiten bewusst wahrnehmen und ‹feiern› sollten. [...] In den letzten Jahren ist der amerikanische Linksliberalismus über den Fragen ethnischer, geschlechtlicher und sexueller Identität in eine Art moralische Panik verfallen, die seine Botschaft verzerrt und ihm damit die Möglichkeit verbaut hat, zu einer einigenden regierungsfähigen Kraft zu werden. Aus den jüngsten Präsidentschaftswahlen und ihrem unerquicklichen Ausgang können wir nicht zuletzt die Lehre ziehen, dass die Zeit dieses identitätsfixierten Linksliberalismus abgelaufen ist. [...] Kam Clinton auf Themen zu sprechen, welche die amerikanischen Bürger beschäftigen, dann verlor sie häufig den umfassenden Blick; sie begnügte sich mit den Floskeln des Identitätsdiskurses und den Appell an Afroamerikaner und Latinos, Frauen und sexuelle Minderheiten. Das

war ein strategischer Fehler. Wenn man in Amerika von Bevölkerungsgruppen zu reden beginnt, dann tut man gut daran, sich an alle zu wenden; andernfalls werden diejenigen, die keine Erwähnung fanden, dies registrieren und sich ausgeschlossen fühlen. Genau das passierte – die Statistiken haben es bewiesen – mit der weissen Arbeiterklasse und den stark religiösen Wählern.»

Der Vorwurf Lillas also lautet, Clinton habe sich vor lauter Beschäftigung mit irgendwelchen politisch korrekten Minderheiten (also mit Identitätspolitik) zu wenig um die eigentliche politische Basis der Demokraten gekümmert und diese dem «ugly white man» Trump überlassen. Wie viele andere Linksliberale befinde sie sich eben in einer «elitären Blase». Der Journalist David Leonhardt (2016) konterte Lillas These in der *New York Times* am 21. November und monierte unter dem Titel «‹Identity Politics› and its Defenders»: «Das Etikett ‹identity politics› ist in seiner häufigsten Verwendung meistens lächerlich, denn die amerikanische Politik beruht historisch gesehen meistens auf männlich-weisser Identität.» Unter den linksliberalen Gelehrten wird also nicht mehr in erster Linie um die politischen Verhältnisse, sondern um Begriffe wie «Identitätspolitik» gestritten.

In neuester Zeit und als Resultat einiger unerwarteter politischer Umbrüche werden eine Vielzahl von neuen Begriffen an die InformationskonsumentInnen herangetragen. Ein ganzer Korb lässt sich mit diesem Newspeak füllen, ohne dass wir genau wissen, was denn alles damit gemeint ist, etwa: postfaktisch, liquid Democracy, LGBTQ, kontrafaktisch, Disruption, digital crisis, elitäre Blase. So auch: Identitätspolitik.

Am Begriff Identitätspolitik bin ich vor einiger Zeit hängen geblieben, und wie es so geht: Irritiert dich etwas, dann begegnest du ihm auf Schritt und Tritt. Kaum ein Tag vergeht, an dem ich nicht auf Ausdrücke stosse wie identitäre Politik, das Nichtidentitäre, kollektive Identität, Identitätspolitik, ethno-identity. Und jedes Mal überkommt mich dabei ein mulmiges Gefühl und der Verdacht, es handle sich dabei um journalistische Wichtigtuerei und um den Gebrauch eines psychologisch-vokabularischen Nonvaleurs, der zum grossen Pulk jener Ausdrücke und Begriffe gehöre, der die Leute verdumme und entpolitisiere.

Wir von der Psychofront sprachen uns in früheren Jahren immer wieder gegen die Vermischung von Psychologie und Politik aus, vor allem gegen die psychologische Deutung politischer Verhältnisse und Personen, obwohl wir uns lange und immer wieder mit den Themen Individuum und Gesellschaft auseinandersetzten. Doch damals drohte – anders als im Marx'schen Begriff des «subjektiven Faktors» – das Psychologische im poli-

tischen Diskurs auf das privatisierte Subjektive reduziert zu werden (siehe Rothschild 1981). So sagte damals auch Jörg Bopp (1979, 93): «Der linke Psychodrom ist ein Ort ständiger Auflösung linker Positionen mit Hilfe von Psychologie und Psychotherapie.»

◈ ◈ ◈

Mit Vergnügen erinnere ich mich an die Polemik des kritischen Schriftstellers und Journalisten Lothar Baier (1985, 16f.) aus dem Jahre 1985, der an der damals modisch gewordenen Identitätstümelei gar nichts fruchtbar finden konnte:

> «Es ist die Vieldeutigkeit der Identitätsmetapher, die grosse Verwirrung stiftet. Für viele gibt sie der Sehnsucht einen Namen, mit sich ins Reine zu kommen, und gleichzeitig führt die Suche in die Irre, weil sie die Vorstellung suggeriert, es gelte den geheimen Bauplan zu finden, der in jedem angelegt sei und dessen Realisierung eben die volle Identität herstelle. [...] Der Konkurrenzkampf um Identität, den die Gesellschaft ausruft und anheizt mit Hilfe ihrer Psychiater und Ausbruchsindustrien, soll als ein Naturschauspiel erlebt werden, damit niemand merkt, dass das Individualitätsversprechen ökonomisch nicht mehr zu halten ist. Sind die Menschen mit der Jagd nach Identität beschäftigt, sind sie immerhin beschäftigt.»

Hinter der Metapher Identität steckt laut Baier eine Art Erlösungsversprechen, welches zwar nie eingelöst werde, dafür aber immer den Mangel daran verspüren lasse. Deshalb wäre es an der Zeit, diese Metapher, die das Problem erst schaffe, das sie zu lösen verspricht, ganz aus dem Verkehr zu ziehen.

◈ ◈ ◈

Auch unser damaliger Hausprophet Theodor W. Adorno (1971, 274f.) konnte dem Begriff Identität nicht viel abgewinnen, er war ihm zu affirmativ, zu unspezifisch und zu gouvernemental:

> «Das Subjekt ist die Lüge, weil es um der Unbedingtheit der eigenen Herrschaft willen, die objektiven Bestimmungen seiner selbst verleugnet; Subjekt wäre erst, was solcher Lüge sich entschlagen, was aus der eigenen Kraft, die der Identität sich verdankt, deren Verschalung von sich abgeworfen hätte. [...] Das befreite Ich, nicht länger eingesperrt in seiner Identität, wäre auch nicht länger zu Rollen verdammt.»

Adorno (ebd., 133) postuliert statt Identität den schwierigen Begriff der «Nichtidentität». Er meint unter anderem, dass wir die Person oder auch die Verhältnisse danach beurteilen sollen/können, was sie nicht sind oder

nicht sein wollen/können. «Was wahr ist am Subjekt, entfaltet sich in der Beziehung auf das, was es nicht selber ist, keineswegs durch auftrumpfende Affirmation seines Soseins.»

Für viele von uns war damals Adorno – auch wenn manchmal schwer verständlich – eine Art theoretisch-kritischer Säulenheiliger und gar manche verwandelten, ohne es wirklich zu merken, ihre Sprache in «Frankfurterdeutsch» (siehe unter anderem frühe Ausgaben des *Widerspruchs*).

Schon früh wurden wir also von verschiedener Seite gewarnt, der Idee einer in sich konsistenten Identität das Wort zu reden. Und als dann mehr und mehr, allüberall und bei jeder Gelegenheit JournalistInnen und Leitfiguren aller Provenienzen anfingen, von Identität zu sprechen, bis dies eine Art Allround-Wort und ein pseudo-erkenntnisreiches «Schibboleth» wurde, da mussten wir uns von diesem nun Dutzendwort gewordenen Begriff abwenden. Für linke PsychoanalytikerInnen, die auf die Sorgfalt in der Verwendung von Wörtern und Begriffen grossen Wert legten, wurde er zum eigentlichen No-Go.

◈ ◈ ◈

Soyons réalistes – demandons l'impossible: In den 1960er-Jahren wehrten wir uns in erregten Debatten gegen alle bürgerlichen Jargon-Begriffe, wie etwa diejenigen, die von den damals in Kalifornien Mode gewordenen «Happy-Psychologien» lanciert worden waren. Denn sie waren für uns wie Irrlichter des «falschen Bewusstseins». Es ging uns damals jedoch noch keineswegs um die normative Eingrenzung einer «political correctness», sondern um unser damaliges Leitmotiv vom «autonomen und politisch neuen Menschen».

Damals, vor ungefähr fünfzig Jahren, befassten sich viele von uns mit den grundsätzlichen Fragen von «Individuum und Gesellschaft», denn auch wir von der Psychozunft wollten in der damals jäh aufblühenden Linken unsere Nische haben. Dies geschah vor allem auch unter dem Diktum (oder dem Imperativ?): «Das Private ist politisch und das Politische ist privat.» So suchten viele von uns unter dem kollektiven Sog einer aktiven und für kurze Zeit auch dominant scheinenden Linken ihren individuellen Platz in der, so hofften wir, «neuen und revolutionären Gesellschaft». Autoren wie Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, Wilhelm Reich, Herbert Marcuse, Erich Fromm, Alexander Mitscherlich, Peter Brückner, Horst-Eberhard Richter oder Paul Parin wurden zu Referenzquellen eines sich ganz neu und «subversiv» fühlenden Kollektivs, das damals auch einem unbegrenzten Hedonismus frönte. Diese nun «erotisierte» Politik war für viele Bürger und Söhne aus bürgerlichen Verhältnissen, aber auch für viele ebensolche Frauen von erheblicher Attraktivität. Viele wandten sich der

Psychoanalyse zu und hofften, auf der Couch liegend, etwas von ihrem vermeintlich subversiven und lustbefreienden Charakter transfundiert zu bekommen. Die eigene Lebensgestaltung folgte nun einem «revolutionären» Schema der Kindererziehung und der kollektiven Wohnformen in sogenannten Kommunen und – ganz nachhaltig – der «Befreiung» von Frauen und Müttern, damals aber nicht paternalistisch gedacht, sondern von der Frauenbefreiungsbewegung (FBB) militant artikuliert. Eine verstockte und lustfeindliche bürgerliche Gesellschaft sollte so in Theorie und Praxis verändert und beispielhaft überwunden werden. Dies aber nicht nur egoistisch, sondern auch weltweit solidarisch mit den damals aufbrechenden postkolonialen und neosozialistischen Ländern. Man orientierte sich an Fidel Castro und Che Guevara in Kuba 1959; an Patrice Lumumba im Kongo 1961, am Prager Frühling 1968 und an Salvador Allende in Chile 1973.

◈ ◈ ◈

Bald aber merkten viele, dass die engagiert und revolutionär sich gebende kollektive Gestaltung des eigenen Lebens und seiner Voraussetzungen dem Diktat des Politischen nicht mehr zu genügen vermochte. So kam es zur Zersplitterung. Einige bildeten politische Gruppen, andere traten bestehenden Parteien und Gewerkschaften bei, dritte gründeten gar selbsternannte revolutionäre Kampftruppen. Vom ursprünglich unabdingbaren Paar «Individuum und Gesellschaft» war Ersteres sang- und klanglos abgehängt worden. So jedenfalls schien es. Unverändert allerdings blieben die Wucht und die Herrschaft des Kapitalismus. Dieser durchlief zwar auch manche Krisen und Bewährungsproben und meinte in schwindelhaftem Taumel, das «Ende der Geschichte» (Francis Fukuyama, 1992) sei eingetreten, nachdem der grosse klassische Gegner, die andere Hegemonialmacht Sowjetunion, 1991 in sich zusammengefallen war. Dieser Systemwechsel betraf nicht nur die Gesellschaft als Ganzes, sondern nach und nach auch deren Individuen, die erst langsam merkten, dass ihre Schwierigkeiten und Leiden sowie ihre mannigfaltigen Unsicherheiten nicht von den vermeintlichen früheren Bedrohern ausgelöst wurden und abhängig waren (siehe Frischknecht u. a. 1979). Dazu kam, dass sich am Elend und an der Verzweiflung der Massen in vielen sogenannten Entwicklungsländern nur wenig geändert hatte. Im Gegenteil: Das Gefälle zwischen den Privilegierten, mit Wohlstand und guten Zukunftsaussichten, und dem überwiegenden Teil der Bevölkerung – nämlich 99 Prozent – führte zu Migrationsbewegungen, die, wie uns dauernd vermittelt wird, nicht mehr zu bewältigen seien. Die globalisierten, kapitalkräftigen Klassen hatten mit ihrem Wirtschaftsmodell die letzten Winkel der Erde kolonisiert. Derweil waren im Westen viele zunehmend von den Wohltaten der Moderne, z. B. der Informationsflut im

IT-Bereich oder dem nun freien Reisen, überfordert. Die wachsende Vereinzelung führte in weiten Bereichen auch zur Entpolitisierung der Menschen. Der Rückzug ins Private und die Adaption an das «Unbehagen in der Kultur» (Freud 1930) schien nun ein gangbarer Ausweg. Die psychologischen/psychoanalytischen Betrachtungsweisen waren wieder salonfähig geworden.

◈ ◈ ◈

Dennoch: Trotz der Vorsicht vor der psychologisierenden Verwendung liess sich der Begriff bzw. das Signifikat «Identität» nicht einfach so aus der Welt schaffen, nur weil es einigen linken Theoretikern nicht passte. Die Menschen nämlich, jede und jeder Einzelne für sich, haben ein Selbstverständnis, das sich aus ihrer ökonomischen und aus ihrer sozialen Wirklichkeit speist und das sich, wenn es sich um Minderheiten handelt, häufig an den Gleichgearteten, Ähnlichen orientiert. Dies sind Identitätsmerkmale der Zugehörigkeit. Hier nun spielt nicht mehr in erster Linie, wie einst von den Psychoanalytikern (z. B. Erikson 1966) postuliert, das individuelle Selbstbewusstsein als Reifungsgrad in der Entwicklung des Einzelmenschen eine wichtige Rolle, sondern die kollektive Identität von Gruppen und Machtträgern. Sozialpsychologisch betrachtet geht es um die kollektiven Selbstverständnisse oder um das, was früher als «Basis» bezeichnet worden ist.

Viele PolitikerInnen respektive SozialverwalterInnen bewirtschafteten über Jahrzehnte hinweg die Zugehörigkeit zu einer Nation (oder gar einer Rasse) als tragendes Element ihrer WählerInnenschaft. Die brutalen Folgen dieser nationalistischen Identitätspolitik in ihrer massenpolitischen Form sind uns aus der jüngsten Geschichte sattsam bekannt. Immer wieder hetzten sie einzelne Zugehörigkeitsgruppen gegen andere auf, nachdem diese als bedrohlich und staatsgefährdend definiert worden waren, und schufen damit eine «Politisierung des Ressentiments». All dies ist aber nicht, wie einst besänftigend postuliert wurde, ein «Kampf der Kulturen» (Samuel Huntington, 1996), sondern eine beunruhigende Realität des Neoliberalismus und des Neokapitalismus auf dem Terrain der Globalisierung. Es entstanden grosse, vom Einzelnen nicht mehr überblickbare oder steuerbare Blöcke und konkurrierende Interessensysteme, welche die Politik antreiben – darunter neuerdings, und für viele völlig unerwartet, religiöse Massenbewegungen. Manch einer oder manch eine kommt nicht mehr so recht klar, viele suchen nach Orientierung: im eigenen Erfahrungsbereich, wo es geht, oder über die Medien, wenn es sein muss. Aus alter linker Tradition wäre dies am besten zu bewältigen mit dem kritischen Misstrauen, dass die herrschenden Meinungen noch immer die Meinungen der Herrschenden sind.

◈ ◈ ◈

Lange Zeit ersetzte die Linke das kollektiv einigende Merkmal «Nation» durch dasjenige der «Klasse» und propagierte als politische Antwort den «Internationalismus». Wo aber ist im Vexierfeld der Globalisierung die «Klasse» geblieben? Wo die Arbeiterklasse? Wo das Proletariat? Auch wenn sich die Zahl der Ausgebeuteten nicht verändert hat, so dürfte die heutige Generation den Klassenbegriff eher mit «business class» assoziieren.

Der Nationen übergreifende und neutralisierende Begriff des Internationalismus wird vom Sozialpsychologen Heiner Keupp in seinem Buch *Heraus aus der Ohnmacht* (2013) in anschaulicher und lehrreicher Weise als «kosmopolitische Perspektive» entwickelt. Anhand der Spurensuche in seiner eigenen Biografie gelingt es Keupp, die Entfaltung seiner Identität in den verschiedensten sozialen Nischen seines Werdegangs auf anschauliche Weise nachzuzeichnen und überdies in einen sozialpsychologischen Theoriediskurs einzubauen. Er zeigt: Nicht anders als die Welt um uns herum ist auch die Identität ein offenes und stets sich veränderndes Gefüge.

Tatsächlich steht die Welt um uns nicht still und lässt uns nicht immer Zeit zur Umorientierung. In jüngster Zeit stellten grosse Erschütterungen unsere Analysefähigkeit auf die Probe, so etwa der Krim-Krieg, der Zusammenbruch Syriens, das IS-Kalifat, die Eurokrise oder der Brexit. Und bevor wir für unsere verunsicherte Identität neuen Boden gefunden haben, werden weitere folgen, wie die Trump-Regierung, die französischen Wahlen mit Marine Le Pen, der Nahe Osten mit Syrien, Iran und Israel, die türkische Diktatur oder die russische Politik nach bald zwanzig Jahren Putin, die – wie wir wissen – für allerlei Überraschungen gut ist. Allerdings bleibt auch in diesem Zusammenhang zu betonen, dass die «Wirklichkeit», so wie sie in den Medien und in manch klugen Analysen sich darstellt, fast immer ein Fragment bleibt. Dahinter und darunter gibt es (wie wir PsychoanalytikerInnen zu wissen glauben) stets noch eine krudere, elementarere und primitivere, oft auch unbewusst verbleibende Magmaschicht des noch Schrecklicheren.

◈ ◈ ◈

Ganz säkular und allgemeinsprachlich kann man den Begriff Identität bei aller Kritik noch immer recht gut gebrauchen. Er drückt aus, dass die Individuen mit ihren jeweilig unterschiedlichen Erfahrungen, Voraussetzungen und sozialen Einbettungen ein Selbstbild entwickeln. Dazu zitiert Heiner Keupp (2013, 78) Zygmunt Bauman (1995, 54): «Identität kann als innere Selbstthematisierung des Subjekts verstanden werden, das sich Antworten auf folgende Fragen zu geben versucht: ‹Wer bin ich?›, ‹Was will ich?›, ‹Was kann ich?›, ‹Wo ist mein Platz in der Gesellschaft?›.»

Mein Identitätsgefühl (d. h. mein Selbstverständnis) erlaubt mir, konsistent und stringent über mich zu wissen, mit was ich rechnen kann/muss und was mir zumutbar ist oder mit mir nicht kompatibel scheint. Dies macht mich für mich selber erkennbar und berechenbar. Was aber die anderen als meine Identität empfinden, das gibt ihnen eine Ahnung über das, was meine Persönlichkeit ausmacht: einmalig, hochspezifisch und nicht verwechselbar.

Dabei kann nicht ausbleiben, dass mein Selbstbild (ich über mich) und mein Fremdbild (die anderen über mich) keineswegs deckungsgleich sein müssen, was bekanntlich immer wieder Anlass zu Missverständnissen gibt. Eine gefestigte und konstante Identität macht mich für die anderen einigermassen lesbar und transparent und gibt mir selber klare Hinweise, wo meine Grenzen und Empfindlichkeiten liegen. All dies macht mich zu einem zuverlässigen Subjekt oder auch zum kritischen Teil einer etwaigen fremdbestimmten Identitätspolitik. Dies zurückzuweisen, ist wahrscheinlich die Masche des flattrig-twittrigen Donald Trump. Er bleibt unleserlich, absichtlich verwirrend, psychotisierend und deshalb wenig einschätzbar: Ach wie gut, dass niemand weiss, dass ich Trumpelstilzchen heiss ...

◈ ◈ ◈

Wichtig für ein klares Identitätsgefühl ist auch das Wissen über meine Zugehörigkeiten, womit wir bei der sozialen Dimension der Identität angelangt sind. Denn oft viel klarer als die individuelle Identität ist die soziale bzw. kollektive Identität. Sie ist das Terrain, auf welchem mich PolitikerInnen und VerkäuferInnen aller Art aufsuchen (mich «abzuholen» versuchen), und der Ort, wo SozialpsychologInnen mein Verhalten und das meiner Zugehörigkeitsgruppe erforschen. Für den Markt und die Macht ist es wichtig, dass Identitätsmerkmale gut erkennbar sind, damit sie zuverlässig identifiziert, zugeordnet und eingeteilt werden können. Dies ist wohl auch der Grund, warum Bürokraten und Bürokratinnen so sehr darauf erpicht sind, die ihnen unbekannten Menschen in einem Flüchtlingsstrom zu registrieren.

◈ ◈ ◈

Was aber versteht man unter «Identitätspolitik»? In einer ersten Annäherung ist man versucht, darunter alles politische Denken und Handeln zu verstehen, das sich mit der gesellschaftlichen Situation von identitären Gruppen auseinandersetzt, die als Minderheiten entweder um Anerkennung oder um Verteilungsgerechtigkeit, aber vor allem gegen Diskriminierungen jeder Art kämpfen. Identitätspolitik kennen wir aber auch in Form sogenannter populistischer Politik, die sich beispielsweise Missstände

rund um Minderheiten oder Zugewanderte zunutze macht, um damit ein Teil des Elektorats an sich zu binden.

Neben dem erwähnten Heiner Keupp ist für mich in der Betrachtung der aktuellen Identitätspolitik ein weiterer Autor von Bedeutung. Der Politologe Thomas Meyer (2002, 32) beschreibt die gegenwärtigen politischen Identitätsprobleme so:

> «Weder die martialischen Fangzäune an den Südgrenzen der USA noch das Schengener Abkommen und die Aushöhlung des Asylrechts in Europa können verhindern, dass sich so gut wie alle Kulturen dieser Welt nun auch in den Wohlstandsgesellschaften des Nordens ein Stelldichein geben und ihre je besonderen Identitätsansprüche geltend machen, sobald sie nur einmal halbwegs Fuss gefasst haben.»

Damit beschreibt Meyer Identitätspolitik als Kraft von unten – oder anglisiert: «bottom up». Die herrschende Identitätspolitik jedoch, so Meyer (ebd., 43), handle vom «Missbrauch kultureller Differenz für Zwecke der Machtlegitimation». In Kombination mit Fundamentalismen entstehe ein eigentlicher «Identitätswahn», der ausserhalb der eigenen Identitätsgruppe nichts Fremdes, Uneindeutiges oder Abweichendes dulden könne. Dauernd und mit allen Mitteln müsse er sich seiner selbst vergewissern. Identitätspolitik ist für Meyer also vorwiegend negativ konnotiert, heteronom sowie «top down» definiert und wird zu Instrumentalisierungen aller Art genutzt. Damit eine positive Definition von Identitätspolitik möglich ist, bedarf es laut Meyer (ebd., 34) vor allem gerechtere Verhältnisse:

> «Der faire Umgang unterschiedlicher kultureller Identitäten miteinander, also konstruktive Identitätspolitik, setzt im jeweiligen Lebenszusammenhang Gleichberechtigung in zwei zentralen Dimensionen voraus: Gerechtigkeit im Zugang zu den zentralen sozialen Lebens- und politischen Machtchancen sowie wechselseitige Anerkennung und Achtung.»

Solche Identität gilt dann als «autonom» und für die davon betroffenen als emanzipatorisch. Nach Meyer gibt es also die «gute», konstruktive Identitätspolitik (bottom up) und es gibt die «schlechte», gefährliche Identitätspolitik (Identitätswahn etc.). Die gute – so möchten wir es haben – ist folglich die «linke Identitätspolitik», die schlechte wäre dann die «rechte Identitätspolitik». Der Begriff aber bekommt, so verwendet, eine normative Dimension und wird dann ziemlich unspezifisch, wie der bereits erwähnte Heiner Keupp (2013, 247) treffend schreibt:

> «Identitätspolitik sind nun alle symbolischen und realen Handlungen über die den Anderen und einem selbst angezeigt werden soll, wo das Eigene vom Fremden abgegrenzt werden muss, wo Bedrohungen dieser Grenzziehungen gesehen werden und abgewehrt werden müssen. Identitätspolitik findet jeden Tag und überall statt, in der Mikropolitik per-

sönlicher Begegnungen, in der Kommunikation zwischen Gruppen und Organisationen, in den Beziehungen zwischen Staaten.»

◈ ◈ ◈

Man kann sich an dieser Stelle zu Recht auf die Frage gefasst machen: Hat denn dieser Alt-68er nichts Besseres zu tun, als sich mit solch abstrakten Wörtern und solch artifiziellen Begriffen wie «Identität» und «Identitätspolitik» herumzuschlagen? Und: Gibt es denn auf dieser Welt nicht noch unendlich viel Drängenderes und Bedrohlicheres zu erläutern als ein paar Begriffe aus Psychologie und Politologie?

Solche Fragen haben in der Prioritätsfestlegung unserer Reflexionen sicher einen wichtigen Platz einzunehmen, aber sie sollten nicht dazu führen, dass wir das Manipulationspotenzial von Wörtern und Begriffen ignorieren. Begriffe sind Ausdruck des Versuchs, komplizierte und vielschichtige Sinnzusammenhänge in Worte zu fassen und sie so auch diskursiv zu gestalten. Begriffe sichern, besonders wenn sie unnötig und unverständlich sind, denen, die sie nutzen, eine vermeintliche Definitionshoheit über das von ihnen zuvor verschleierte Gebiet. Die Unübersichtlichkeit wird zum Politikum: Wer gehört zu uns? Wer nicht? Was können wir von ihnen verlangen? Wie können wir sie wieder loswerden? Begriffe können gewalttätig, herrschaftlich oder auch patriarchal sein und damit Unrecht in die Sprache einmauern. Man denke z.B. an Begriffe wie Sozialschmarotzer, Scheinflüchtlinge, Gutmenschen, Kuscheljustiz etc., die Menschen vorsätzlich zu identitären Gruppen formieren, abwerten und katalogisieren. Dennoch bin ich gegen jegliche Sprachzensur im Sinne von «politisch korrekt/inkorrekt», denn gerade mit der unzensierten Verwendung der Sprache zeigen viele, oft auch unvermutet, ihr wahres Gesicht und damit ein Stück ihrer ungeschönten Wirklichkeit.

Fazit: Man müsste nicht in erster Linie sogenannte Identitätspolitik für andere betreiben, sondern viel eher eine Politik, welche die Identitätsautonomie und die politische Emanzipation der Betroffenen begünstigt.

◈ ◈ ◈

So komme ich zum Schluss: Identitätspolitik bleibt, wie der ihr zugrunde liegende Begriff Identität unspezifisch, nutzlos, verwirrend und beliebig ubiquitär. Und deshalb auch wenig brauchbar. Identitätspolitik ist neuerdings zu einem schadenfreudigen, antilinks-hämischen Reizbegriff in der politischen Debatte geworden und zielt letztlich darauf, minoritär-solidarische Positionen zu delegitimieren. Wir können und sollten auf ihn verzichten.

Literatur

Adorno, Theodor W., 1970: Negative Dialektik. Jargon der Eigentlichkeit. Frankfurt am Main

Baier, Lothar, 1985: Unlust an der Identität. In: Ders.: Gleichheitszeichen. Streitschriften über Abweichung und Identität. Berlin, 7–24

Bauman, Zygmunt, 1995: Identität bedeutet immer: noch nicht. In: Psychologie heute, 22/8, 7–23

Binder, Beate/Kaschuba, Wolfgang/Niedermüller, Peter (Hg.), 2001: Inszenierung des Nationalen. Geschichte, Kultur und Politik der Identitäten am Ende des 20. Jahrhunderts (alltag & kultur, Band 7). Köln

Bopp, Jörg, 1979: Der linke Psychodrom. In: Kursbuch 55, 73–96

Erikson, Erik. H., 1966: Identität und Lebenszyklus. Frankfurt am Main

Freud, Sigmund, 1930: Das Unbehagen in der Kultur. Frankfurt am Main

Frischknecht, Jürg/Haffner, Peter/Haldimann, Ueli/Niggli, Peter, 1976: Die unheimlichen Patrioten. Politische Reaktion in der Schweiz. Ein aktuelles Handbuch. Zürich

Keupp, Heiner, 2013: Heraus aus der Ohnmachtsfalle. Psychologische Einmischungen. Tübingen

Lilla, Mark, 2016: Identitätspolitik ist keine Politik. In: Neue Zürcher Zeitung, 26.11. www.nzz.ch/feuilleton/mark-lilla-ueber-die-krise-des-linksliberalismus-identitaetspolitik-ist-keine-politik-ld.130695 (Abfrage 18.4.2017). Englisches Original: The End of Identity Liberalism. In: New York Times, 19.11. www.nytimes.com/2016/11/20/opinion/sunday/the-end-of-identity-liberalism.html (Abfrage 18.4.2017)

Leonhardt, David, 2016: «Identity Politics» and Its Defenders. In: New York Times, 21.11. www.nytimes.com/2016/11/21/opinion/identity-politics-and-its-defenders.html (Abfrage 18.4.2017)

Meyer, Thomas, 2002: Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede. Frankfurt am Main

Rothschild, Berthold, 1981: Selbstverwaltung und Supervision. In: Zeitdienst 34/37

EUROPA-MAGAZIN

EU-kritisch, ökologisch, sozial
Luternauweg 8, 3006 Bern
fax: 031 731 29 13
forum@europa-magazin.ch
http://www.europa-magazin.ch

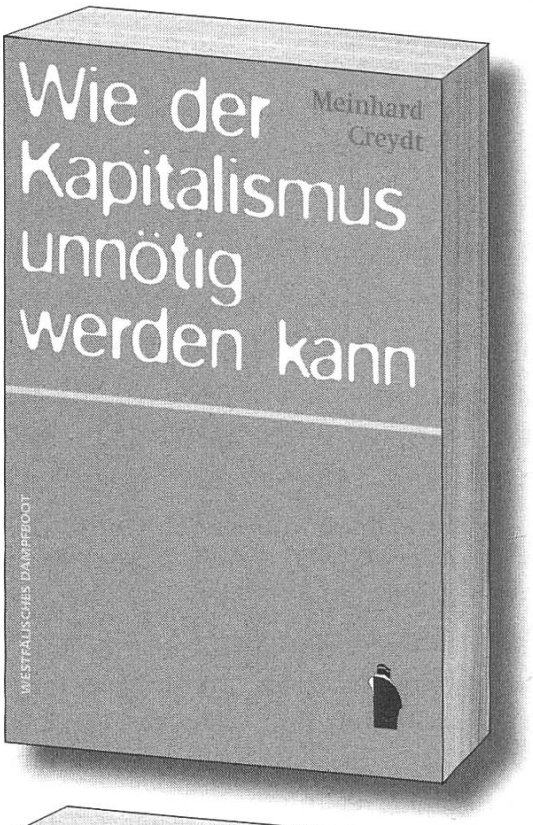
VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Meinhard Creydt

Wie der Kapitalismus unnötig werden kann

2. korr. Aufl.
2016 - 419 Seiten - 29,90 €
ISBN: 978-3-89691-970-0

Radikale Kapitalismuskritik braucht Konzepte einer Systemalternative. Was sind die Strukturen der nachkapitalistischen Gesellschaft? Worin bestehen ihre Probleme? Wie vermag sie diese zu bearbeiten? Welche sozialen Mentalitäten und Kräfte überwinden den Kapitalismus?

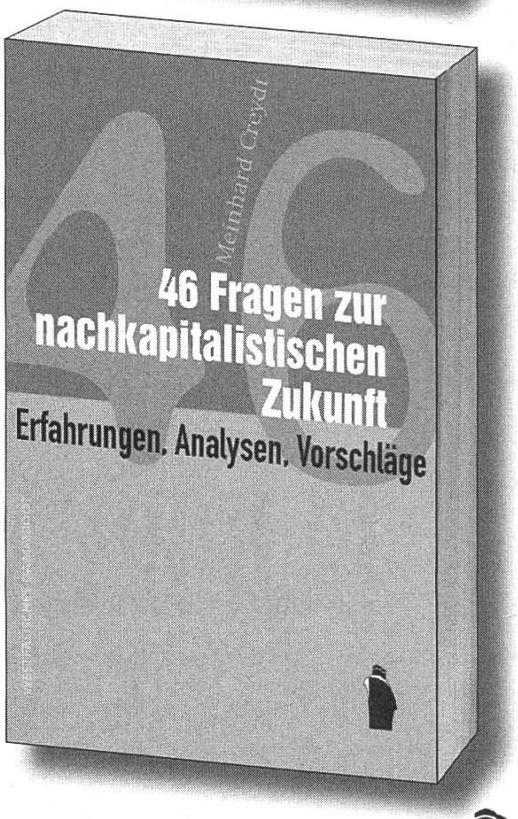


Meinhard Creydt

46 Fragen zur nachkapitalistischen Zukunft

2016 - 245 Seiten - 21,90 €
ISBN: 978-3-89691-851-2

Realitätstüchtige Konzepte für eine grundlegende gesellschaftliche Alternative unterscheiden sich um's Ganze von unterkomplexen „Patentrezepten" und totalitären Abwegen. Daraus ergeben sich – auch für Linke – unbequeme Fragen. In der Auseinandersetzung mit ihnen analysiert dieser Band, wie die Strukturen, Institutionen und Lebensweisen der nachkapitalistischen Gesellschaft aussehen können.



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE